

## **Niederschrift**

über die 3. Sitzung des Ausschusses für Bildung und Soziales der Stadt Geilenkirchen am Dienstag, dem 08.06.2010, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

### **Tagesordnung**

1. Beratung über die Ergebnisse der kreisweiten Schulentwicklungsplanung  
Vorlage: 189/2010
2. Bekanntgabe der Schüleranmeldezahlen für die weiterführenden Schulen der Stadt Geilenkirchen  
Vorlage: 190/2010
3. Bericht der Verwaltung über die Betreuung der Schülerinnen und Schüler in den offenen Ganztagschulen  
Vorlage: 191/2010
4. Bericht der Verwaltung über die Bürgerbefragung der Arbeitsgruppe "Älter werden im Kreis Heinsberg"  
Vorlage: 188/2010
5. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Bildung einer Seniorenvertretung  
Vorlage: 184/2010
6. Verschiedenes

### **Anwesend waren:**

#### **Vorsitzende/r**

1. Dr. Joachim Möhring

#### **Mitglieder**

2. Hans-Jürgen Benden
3. Dipl. Ing. Stefan Kassel
4. Wilfried Kleinen
5. Bernhard Kozikowski
6. Dr. Armin Leon
7. Manfred Schumacher
8. Ruth Thelen
9. Marlis Tings

#### **Stellvertretendes Mitglied**

10. Heinz Kohnen Vertretung für Frau Theresia Hensen

11. Markus Melchers Vertretung für Frau Florentine Steffens
12. Uwe Neudeck Vertretung für Frau Barbara Slupik

Sachkundige/r Bürger/in

13. Helmut Gerads
14. Dieter Körner
15. Dr. Wilfried Plum
16. Luise Röger
17. Heinz-Josef von St. Vieth Vertretung für Herrn Kurt Sybertz
18. Siegfried Winands
19. Birgit Zühlsdorff

von der Verwaltung

20. Beigeordneter Herbert Brunen
21. Wilfried Schulz

Protokollführer

22. Christoph Nilles

Ausschussvorsitzender Dr. Möhring eröffnete um 18.10 Uhr die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Einladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Zur Niederschrift der 1. Sitzung des Ausschusses am 03.12.2009 merkte er an, dass Frau Hensen dort versehentlich nicht als anwesendes Mitglied aufgeführt ist, obwohl sie anwesend war. Dies wäre entsprechend zu berichtigen..

**TOP 1    Beratung über die Ergebnisse der kreisweiten Schulentwicklungsplanung  
Vorlage: 189/2010**

Ausschussvorsitzender Dr. Möhring berichtete, dass bei einer Veranstaltung in Hückelhoven, an der auch einige Ausschussmitglieder teilgenommen hätten, die Ergebnisse eines ersten Gesamtplanes für den Kreis Heinsberg vorgestellt wurden. Vorweg sei festzuhalten, dass Geilenkirchen gut aufgestellt sei.

Herr Beigeordneter Brunen teilte mit, dass das komplette Gutachten auf der Homepage des Kreises öffentlich zur Verfügung stehe:

<http://www.kreis-heinsberg.de/buergerservice/schlagwortindex/?ID=632>

Er wies darauf hin, dass es am 01.06.2010 neben der Vorstellung eines Gutachtens zur kreisweiten Schulentwicklungsplanung auch um die Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen dem Kreis Heinsberg und dem Land Nordrhein-Westfalen zur Gründung eines regionalen Bildungsnetzwerkes gegangen sei.

Er zitierte dazu aus dem Schulentwicklungsplan der Stadt Geilenkirchen von 1998:

„Im Hinblick auf die längerfristig problematische Entwicklung im Sekundarbereich sollte eine vertiefende Abstimmung im Zuge einer interkommunalen Schulentwicklungsplanung auf einer ersten regionalen Bildungskonferenz mit dem Kreis und der Bezirksregierung von der Stadt Geilenkirchen unverzüglich eingeleitet werden.“

Es habe leider 12 Jahre gedauert, bis dieser Vorschlag wieder aufgegriffen wurde, die Resonanz war zum damaligen Zeitpunkt fast gleich Null.

Anschließend erläuterte er am Beispiel einiger Grafiken aus dem Gutachten einzelne für Geilenkirchen relevante bzw. interessante Punkte zur Verteilung und Entwicklung der Schülerzahlen allgemein und im Hinblick auf die einzelnen Schulen. Im Anschluss daran wurde einzelne Punkte diskutiert.

Ausschussmitglied Benden fragte in Bezug auf die beiden Grundschulen im Stadtkern nach, warum es dort so große Unterschiede bei der Entwicklung der Zahlen gebe. Beigeordneter Brunen nannte als mögliche Ursache die Aufhebung der Schulbezirke.

Ausschussmitglied Gerads ging noch einmal auf die Grundschule Gillrath ein und bat um Erläuterung wie die starke Abweichung zwischen den im Gutachten genannten 24 Anmeldungen und den tatsächlichen 36 Anmeldungen zustande komme.

Beigeordneter Brunen verwies darauf, dass für die Prognose die Zahlen eines Stichtags zu Grunde gelegt wurden, letztlich müsse man jede Prognose aber auch überprüfen. Herr Gerads nannte die Prognose daraufhin eine Fehleinschätzung.

Ausschussvorsitzender Dr. Möhring warf ein, dass in einem solchen Fall neue Zahlen natürlich eingearbeitet werden müssen. Fraglich sei aber, ob es dadurch zu großen Veränderungen käme. Beigeordneter Brunen merkte an, dass die Gesamtzahl der Anmeldungen mit der Zahl des Gutachtens übereinstimme und es lediglich Abweichungen innerhalb der Schulen gebe. Dies könne im Einzelfall nicht exakt prognostiziert und deshalb dann abgeglichen werden. Herr Gerads stimmte dem zu und betonte noch einmal die Wichtigkeit, diese Zahlen nicht pauschal hinzunehmen.

Auf Nachfrage von Herrn Benden teilte Herr Beigeordneter Brunen mit, dass der Stichtag für das Gutachten bereits im vergangenen Jahr lag.

Ausschussmitglied Dr. Leon merkte an, dass ein solches Gutachten die Grundlage für die Planung der Politik darstelle. Zwar könne es zu Abweichungen kommen, aber insgesamt gebe es doch die Richtung vor. Er fragte nach, welche Bedingungen der Prognose zugrunde lägen, wie z.B. die Geburtenentwicklung und Zuzüge berücksichtigt worden seien.

Beigeordneter Brunen verwies auf die renommierten Gutachter, die über sehr große Erfahrung in diesem Bereich verfügten. Letztlich könne man auch nie genau vorhersehen, wie sich die Schüler eines Jahrgangs auf die einzelnen Schulen verteilen.

Ausschussmitglied Winands ergänzte, dass es bei einer solchen Prognose viele unbekannte Faktoren gebe. Allein Neubaugebiete könnten schon zu starken Abwei-

chungen führen. Es stelle sich daher die Frage, wie man vor Ort entgegenwirken kann. Wenn sich der Trend der Bevölkerungsentwicklung aber generell umkehrt, dann wäre auch diese Statistik schon wieder obsolet.

Herr Kozikowski erinnerte sich, dass bei der Vorstellung des Gutachtens als Grundlage die offiziellen statistischen Zahlen des Landes genannt worden seien. Hinsichtlich der Prognose sei die Aussage getroffen worden, vorsichtig vorgegangen zu sein.

Beigeordneter Brunen erwähnte im Zusammenhang mit Zahlen zu den weiterführenden Schulen die Aussage des Gutachters, dass es in Geilenkirchen zwei Premiumprodukte im Bereich der weiterführenden Schulen gebe, die Gesamtschule und das Gymnasium. Die Zahlen dort würden sich gegen den Trend sogar positiv entwickeln.

Herr Dr. Leon gab zu Bedenken, dass die jetzigen Schüler die zukünftige Elterngeneration seien. Mit jedem Abiturienten steige die Gefahr, dass dieser für ein Studium auf Dauer wegziehe – da er im Anschluss hier keinen entsprechenden Arbeitsplatz fände.

Beigeordneter Brunen erläuterte, dass es zwar viele Abiturienten an den Geilenkirchener Schulen gebe, dies aber auch Schüler aus anderen Städten seien. Im Vergleich mit den anderen Städten wäre die absolute Zahl der Abiturienten nicht höher.

Herr Gerads entgegnete auf die Aussage von Dr. Leon, dass heute in fast allen Berufen Arbeitnehmer weiter fahren müssten.

Auf die Frage von Ausschussmitglied Dr. Plum, wie die starke Abnahme der Schüler an der Hauptschule nach Klasse 9 zustande komme, antwortete Beigeordneter Brunen, dass diese wahrscheinlich mit einem Abschluss nach Klasse 9 in eine Berufsausbildung oder an eine Berufsschule wechseln würden. Bezüglich des Einwandes von Herrn Körner, dass es doch 10 Pflichtschuljahre gebe, erläuterte er, dass bei Wiederholung einer Klasse dann nach Klasse 9 bereits diese Zeit erfüllt sein könne.

Herr Kleinen erklärte die Spitzen in den Klassen 7 und 9 an der Hauptschule mit Wechseln aus den anderen Schulformen. Da zu diesen Zeitpunkten dort eine Differenzierung stattfände, würden die Schüler bei entsprechenden Leistungen dann wechseln.

Beigeordneter Brunen stellte abschließend heraus, dass nach Aussage des Gutachtens zunächst kein Handlungsbedarf für Geilenkirchen bestehe. Für andere Standorte gebe es den Vorschlag für zwei weitere Gesamtschulen und ein Gymnasium in bestehenden Gebäuden. Die Entwicklung in den Nachbarstädten müsse daher zunächst abgewartet werden. Die Einzugsbereiche seien aber stabil. Neue Schulen würden daher vermutlich nur dazu führen, dass die bestehenden Anmeldeüberhänge aufgefangen würden. Falls in Gangelt ein Gymnasium in den Räumen der Hauptschule eingerichtet würde, hätte dies aber konkrete Auswirkungen auf Geilenkirchener Schüler die dann nach Übach-Palenberg müssten. Insgesamt könnte man die bisherige Schulpolitik in Geilenkirchen somit als erfolgreich bezeichnen.

## **TOP 2 Bekanntgabe der Schüleranmeldezahlen für die weiterführenden Schulen der Stadt Geilenkirchen Vorlage: 190/2010**

Beigeordneter Brunen verwies auf die als Anlage zur Einladung beigefügte Übersicht, in der neben den bereits bekannten Zahlen zu den Grundschulen nun ebenfalls die auf Grund der späteren Anmeldetermine jetzt erst vorliegenden Zahlen der weiterführenden Schulen aufgeführt seien.

Ausschussmitglied Gerads wandte ein, dass nach seinen Informationen bereits 36 Schüler statt – wie im Schulentwicklungsplan aufgeführt – 24 in Gillrath angemeldet seien und zwei weitere Anfragen aus Gangelt vorlägen.

Herr Brunen stellte klar, dass die Zahlen sich naturgemäß bis zum Beginn eines Schuljahres durch Zu- oder Wegzüge noch verändern. Der Schulentwicklungsplan enthalte für die Zukunft lediglich eine Prognose, Abweichungen davon seien nicht ungewöhnlich, eine Tendenz zu insgesamt rückläufigen Schülerzahlen sei aber feststellbar.

Herr Gerads erläuterte noch einmal kurz, dass ihm diese Zahl vom Schulleiter genannt wurde. Er halte Sie auch vor dem Hintergrund der Beratungen zur Turnhalle Gillrath für wichtig.

Herr Neudeck betonte daraufhin, dass die Zahlen für die Zukunft allerdings laut Plan rückläufig seien, dies sei ein Punkt den man dabei beachten müsse.

Herr Kohnen fragte nach, warum es im Stadtkern 28 Anmeldungen weniger im Vergleich zum Vorjahr gebe, ob es sich eventuell um Abwanderungen in die Außenorte handle.

Beigeordneter Brunen klärte auf, dass es sich nur um die Zahlen der jeweiligen Eingangsklassen handle. Der derzeitige Jahrgang sei zahlenmäßig einfach schwächer als der des letzten Jahres.

Auf die Frage des Ausschussmitgliedes Plum, ob bekannt sei, wie viele Schüler aus Geilenkirchen an hiesigen Schulen abgelehnt worden seien berichtete Beigeordneter Brunen, dass man lediglich wisse, dass an der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule etwa 70 % der aufgenommenen Schüler aus Geilenkirchen stammten, An anderen Gesamtschulen läge dieser Wert bei etwa 50 %. Es sei hingegen nicht bekannt, wie viele Schüler im Einzelnen abgelehnt worden seien, alle Geilenkirchener Schüler hätten aber einen Platz an einer Schule bekommen. Er gab weiter zu bedenken, dass die Schulleitung bei der Aufnahme an bestimmte Kriterien gebunden sei. So dürfe beispielsweise die 4-Zügigkeit nicht überschritten werden, das komplette Leistungsspektrum müsse abgedeckt sein. Sowohl starke als auch schwächere Schüler und auch Schüler aus anderen Kommunen, in denen keine Gesamtschule vorhanden sei, müssten aufgenommen werden.

Herr Plum hakte nach, warum die Schule nicht 5-zügig gefahren werden könne, da es dadurch ja weniger Probleme gäbe.

Beigeordneter Brunen erläuterte, dass man durch einen Ratsbeschluss eine entsprechende Änderung herbeiführen könne, gab aber zu bedenken, dass davon wiederum etwa 50 % Schüler aus anderen Kommunen profitieren würden.

Auf die Frage von Frau Tings, ob auch Anmeldezahlen für die Hauptschule Gangelt bekannt seien, erwiderte Herr Brunen, dass diese wegen größerer Veränderungen meist erst zu Beginn des Schuljahres feststünden. Die Zahlen könnten aber abgefragt und mit der Niederschrift mitgeteilt werden.

*Laut Mitteilung der Hauptschule Gangelt vom xx.xx.2010 lagen zu diesem Zeitpunkt XX Anmeldungen von Schülern aus Geilenkirchen vor.*

Ausschussmitglied Benden äußerte, dass man bezüglich der Frage nach einer 5-Zügigkeit der Gesamtschule die weitere Entwicklung im Kreis und in der Schulpolitik des Landes abwarten müsse. Er erinnerte zudem daran, dass über den Schulzweckverband die Mercator-Schule in Gangelt ebenfalls zu den Geilenkirchener Schulen gehöre und er daher deren Anmeldezahlen vermisse. Er forderte die Verwaltung auf diese künftig ebenfalls mitzuteilen.

*Laut Mitteilung der Mercator-Schule Gangelt vom xx.xx.2010 lagen zu diesem Zeitpunkt XX Anmeldungen von Schülern aus Geilenkirchen vor.*

Herr Schumacher bat um Auskunft, wie viele Schüler aus Geilenkirchen eine Schule in einer anderen Stadt besuchen müssten, da man ihren Wunsch in Geilenkirchen nicht erfüllen konnte.

Beigeordneter Brunen legte dar, dass dies schwierig zu beantworten sei, man könne lediglich erfassen, wie viele Anmeldungen zurückgewiesen wurden. Formelle Klagen gebe es aber nicht.

Herr Schumacher erwiderte, dass es ihm nicht um Rechtsstreite gehe, sondern dass es ihm wichtig sei zu erfahren, wo ein Wunsch nach einer Beschulung nicht erfüllt werden konnte. Ausschussvorsitzender Dr. Möhring ergänzte die Frage, ob man dazu nicht bei den anderen Schulen anfragen könne, wie viele Geilenkirchener Schüler dort unterrichtet werden.

Beigeordneter Brunen stellte daraufhin fest, dass diese Zahlen bekannt seien. Dies sage aber nichts darüber aus, ob dies nicht auch die gewünschte Schule gewesen sei. Wenn man herausfinden wolle, wer gegen seinen ursprünglichen Willen dort ist, müsste man jeden Einzelnen befragen.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Leon, ob der Verwaltung solche Einzelfälle bekannt seien erwiderte Herr Brunen, dass dies nicht der Fall sei. Es werde aber allgemein immer wieder mal berichtet.

Herr von St. Vieth wollte wissen, ob der Stadt Kosten für Schüler entstünden, wenn diese woanders unterrichtet werden.

Beigeordneter Brunen bejahte dies. Da die Stadt selber keine Hauptschule habe gebe es eine Vereinbarung mit den Gemeinden Gangelt und Selfkant, dass die Differenz zwischen den Zuweisungen des Landes und den tatsächlichen Kosten je aufgenommenem Geilenkirchener Schüler erstattet wird. Er merkte dazu an, dass dies im Gegenzug allerdings nicht für die Gesamtschule gelte, Kinder aus Gangelt, Selfkant, etc. besuchten diese auf Kosten der Stadt Geilenkirchen.

### **TOP 3 Bericht der Verwaltung über die Betreuung der Schülerinnen und Schüler in den offenen Ganztagschulen Vorlage: 191/2010**

Beigeordneter Brunen führte aus, dass neben den Grundschulen seit diesem Schuljahr auch an der Realschule eine Betreuung stattfindet. Die Nachfrage steige insgesamt an, auch wenn es an einzelnen Schulen leichte Rückläufe gebe. Neben dem offenen Ganztags gebe es noch weitere Betreuungsformen in Immendorf und Würm.

In Immendorf bestünde über das Programm 13+ auch die Möglichkeit zur Betreuung bis 16 Uhr. Mittlerweile gäbe es aber auch dort Interesse an einer OGS. Die Verwaltung hat daher Kontakt mit dem Träger aufgenommen, um die Weiterentwicklungsmöglichkeiten des Angebots zu erörtern.

In Würm sei die Nachfrage nach einer Nachmittagsbetreuung weiterhin zu gering, wird aber weiterhin beobachtet.

An den 4 Grundschulen, an denen es bereits das Angebot gibt, werden regelmäßig zum Ende des Schuljahres Gespräche mit der Schulleitung und den Malteser-Werken durchgeführt. Die Resonanz zum Angebot sei durchaus positiv und es herrsche eine sehr große Zufriedenheit. Gelobt wurde auch die Zusammenarbeit zwischen den Schulen und dem Ganztagsbetrieb.

Die seit diesem Schuljahr neue Betreuung an der Realschule verzeichne ebenfalls leicht steigende Anmeldezahlen von 17 auf 21.

Die Verwaltung erhielt die Anregung die Elternbeiträge abhängig vom Elterneinkommen zu staffeln. Dies werde derzeit geprüft, auch weil dies für die Verwaltung einen erhöhten Personalaufwand bedeute. Bereits jetzt schon sei eine soziale Staffelung vorhanden. In Einzelfällen werde der Beitrag auch vom Jugendamt übernommen.

Ausschussmitglied Tings fragte nach, ob eine zeitliche Staffelung möglich sei, vielen Eltern sei eine Abholung um 13.15 Uhr zu früh, um 16.00 Uhr aber wiederum zu spät.

Beigeordneter Brunen erläuterte, dass dies organisatorisch schwierig sei, da dadurch der laufende Betrieb der Betreuung gestört werde. Auf jeden Fall sei es möglich, eine längere Betreuung in Form der Randzeitenabdeckung durch Tagesmütter zu gewährleisten.

Frau Tings fragte noch einmal nach, ob man nicht eine weitere feste Abholzeit um 14.00 Uhr einschieben könne. Gerade von berufstätigen Eltern würde dies oft gewünscht.

Beigeordneter Brunen gab an, dass diese Wünsche in der Regel an den Schulen geäußert würden. Man müsse schauen, inwieweit dies realisiert werden könne. Generell werde immer versucht, auf Wünsche im Einzelfall einzugehen.

Herr Benden bat um Auskunft, ob die Räumlichkeiten an der Grundschule Würm ausreichen würden, wenn dort einmal eine offene Ganztagsgrundschule eingerichtet würde, oder ob Umbauten erforderlich seien.

Beigeordneter Brunen erwiderte, dass man sich auf Grund der zu geringen Nachfrage auch noch nicht näher mit der Raumfrage beschäftigt habe. Auf Grund sinkender Schülerzahlen sei dies möglicherweise ohne Umbau machbar.

#### **TOP 4 Bericht der Verwaltung über die Bürgerbefragung der Arbeitsgruppe "Älter werden im Kreis Heinsberg" Vorlage: 188/2010**

Amtsleiter Schulz erinnerte zunächst noch einmal an das Ziel der Arbeitsgruppe, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass ältere Menschen möglichst lange in ihrem Wohnquartier verbleiben können und hierbei gute Bedingungen vorfinden.

In diesem Zusammenhang sei die RWTH beauftragt worden, eine Lebensweltanalyse zu erstellen, um Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles vernünftig planen zu können. Mitte Mai seien daher in 6 Städten im Kreis Heinsberg Fragebögen an repräsentativ ausgewählte Bürgerinnen und Bürger ab 35 Jahren versandt worden. Abgefragt werde die Zufriedenheit der Menschen mit den Lebensbedingungen in ihrer Stadt und welche Veränderungen sie sich wünschten. In Geilenkirchen hätten 2.000 Bürgerinnen und Bürger einen Fragebogen erhalten, welcher per Freiumschlag an die RWTH Aachen zurückgesandt werden könne. Dort erfolge dann die Auswertung. Für eine bessere Nutzbarkeit der Ergebnisse sei zudem die Stadt zuvor in fünf Bezirke eingeteilt worden.

Die Kosten der Maßnahme würden vom Kreis Heinsberg getragen, die teilnehmenden Städte hätten die Kosten für Porto und Versand übernommen.

Ausschussvorsitzender Dr. Möhring wollte wissen, wann die Auswertung der Fragebögen vorläge.

Herr Schulz erläuterte, dass die RWTH von einem Rücklauf von vier Wochen ausgehe. Bereits an der Anzahl und den schnellen Reaktionen könne man ablesen, wie groß das Interesse in der Bevölkerung sei Einfluss auf die Entwicklung der Stadt zu nehmen. Auch telefonisch habe er bereits positive Resonanzen auf die Umfrage erhalten. Es sei aber auch Kritik an der Stadt auf diesem Wege geäußert worden. Eine abschließende Auswertung soll im November dann vorliegen.

**TOP 5    Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Bildung einer Seniorenvertretung**  
**Vorlage: 184/2010**

Ausschussvorsitzender Dr. Möhring ging kurz auf den als Anlage zur Einladung beiliegenden Antrag der SPD-Fraktion ein. Er erläuterte, dass die Gemeindeordnung die Möglichkeit eröffne, eine solche Seniorenvertretung als vorparlamentarische Arbeitsgruppe zu installieren und diese auch in der Hauptsatzung zu verankern.

Er ging kurz auf einige Zahlen aus einer Studie zur demografischen Entwicklung im Kreis Heinsberg ein. Bis zum Jahr 2035 werden Senioren etwa 1/3 der gesamten Bevölkerung ausmachen. Diese Potentiale sollten genutzt werden.

Dr. Leon äußerte Bedenken hinsichtlich einer Aufnahme in die Hauptsatzung. Damit würde ein Weg weg von der Vertretung durch den Rat zu einer Vertretung durch „Räte“ beschritten, da man dann auch über die Einrichtung weiterer Beiräte für Jugend, Integration, etc. reden müsse. Generell sei der Vorschlag nachdenkenswert, aber dabei müsse auch intensiv über die rechtliche Verankerung diskutiert werden. Bevor dem Rat eine Empfehlung gegeben werde sei daher zunächst eine weitere Beratung im Ausschuss erforderlich.

Dr. Möhring erläuterte, dass er lediglich eine Möglichkeit aufgezeigt habe. Er wies darauf hin, dass die noch amtierende Landesregierung dies allerdings empfehle.

Ausschussmitglied Benden sah den vorliegenden Antrag als erstes Herantasten an dieses Thema, bei dem selbstverständlich Handlungsbedarf bestehe. Für Bündnis 90/Die Grünen stelle sich aber die Frage, ob ein Beirat das richtige Instrument wäre. Dazu könnten die Ergebnisse der eben vorgestellten Bürgerbefragung weiterhelfen. Weiter bat er die Verwaltung darum, die Erfahrungen anderer Kommunen mit Beiräten oder Beauftragten abzufragen. Grundsätzlich sei der Antrag zu unterstützen, nicht zu vergessen sei aber der Runde Tisch für Altenarbeit. Hier fehle eventuell nur ein Bindeglied zur Verwaltung in Form eines Seniorenbeauftragten.

Herr Gerads wies ebenfalls darauf hin, dass es wichtig sei bestehende Organisationen wie den Runden Tisch für Altenarbeit einzubinden. Dessen Leiterin, Frau Abels-Schell, hätte ihm gegenüber auch die Bereitschaft erklärt, bei der Ausbildung von Ehrenamtlern mitzuarbeiten. Bestehende Institutionen müssten bevorzugt eingebunden werden.

Ausschussvorsitzender Möhring beauftragte die Verwaltung, Kontakt zu den angesprochenen Institutionen aufzunehmen, darüber in der nächsten Sitzung des Ausschusses zu berichten sowie eine Empfehlung zu geben.

**TOP 6    Verschiedenes**

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgten keine Wortmeldungen.



Sitzung endet um:

Die Sitzung wurde um 20.05 Uhr durch Herrn Dr. Möhring beendet.

Vorsitzender

Schriftführer/in:

Dr. Joachim Möhring

Christoph Nilles